

MARK WALLHEISER / GETTY IMAGES

Demonstranten in Baton Rouge, Louisiana, am 9. Juli: 127 getötete Schwarze allein in diesem Jahr

Obamas Tragödie

Rassismus Am Ende der Amtszeit des ersten afroamerikanischen Präsidenten hat sich der Konflikt zwischen Schwarz und Weiß im Land verschärft. Können neue Polizeikräfte etwas bewirken?

Er kennt die Situation schon, er hat vor trauernden Witwen in Tuscon gestanden, vor fassungslosen Eltern in Newtown, er hat mit brüchiger Stimme „Amazing Grace“ in der Kirchengemeinde von Charleston gesungen. Er musste Trost spenden, den es nicht geben konnte. Die Geschichte hat für Barack Obama vorgesehen, dass er große Reden seiner Präsidentschaft nach Tragödien halten muss.

Und doch ist etwas anders am vergangenen Dienstag im Morton H. Meyerson Symphony Center im Künstlerviertel von Dallas, als Obama die Bühne betritt und das Orchester der Polizei „Star Spangled Banner“ anstimmt, die Nationalhymne. Die Trauer hat plötzlich keine Richtung mehr. Gedenkt die Gemeinde an diesem Mittag in Dallas nur der erschossenen Polizisten? Oder geht es zugleich um die Opfer von Polizeigewalt?

Er muss diese Frage beantworten, denn jetzt blickt er in die Gesichter einer erschütterten Stadt. Er verschont beide Seiten nicht mit harten Wahrheiten. „Wir können uns nicht einfach abwenden und Leute, die friedlich protestieren, als Unruhestifter oder paranoid abtun“, sagt er an die Adresse der Polizisten. Und den Demonstranten sagt er: „Ihr wisst, wie gefährlich manche der Gegenden sind, wo diese Polizisten ihren Dienst tun, und ihr tut so, als gäbe es da keinen Zusammenhang.“

Es klingt fast verzweifelt, als er sagt: „Ich bin hier, um zu bekräftigen, dass wir als Land nicht so gespalten sind, wie wir scheinen.“

Vor acht Jahren war Barack Obama als erster schwarzer Präsident mit dem Versprechen angetreten, das Land zu einen. Seine Wahl im November 2008 sahen viele als entscheidenden Schritt in einem 150 Jahre dauernden Kampf der schwarzen Bevölkerung um Gleichberechtigung. Doch zum Ende seiner Präsidentschaft scheint das Land weniger geeint denn je.

Am vergangenen Samstag entsteht in Baton Rouge, der Hauptstadt von Louisiana, ein ikonisches Bild: Es zeigt die 35-jährige Krankenschwester Ieshia Evans in Ballerinas und einem langen Sommerkleid. Sie steht schwer bewaffneten Polizisten gegenüber, die durch Helme, Schilde, Handschuhe geschützt sind. Beamte greifen nach der Frau, sie wollen sie von der Straße zerren. Das Bild ist verstörend: Eine Übermacht des Staates tritt gegen Demonstranten an – autoritär und gerüstet wie im Krieg.

Allein in diesem Jahr wurden 127 Schwarze von der Polizei getötet. Für junge Schwarze ist die Gefahr, durch die Kugel eines Polizisten zu sterben, sechsmal höher als für junge Weiße. Innerhalb von 48 Stunden in der vergangenen Woche töteten zwei Polizisten bei Straßenkontrollen die Afroamerikaner Alton Sterling in Baton Rouge und Philando Castile in Falcon Heights, Minnesota. Einen Tag später rächt sich der Armeeveteran Micah Johnson und erschießt fünf Polizisten während einer bis dahin friedlichen Anti-Rassismus-Demonstration in Dallas, Texas. Der Rassenkonflikt ist wieder da auf den Straßen Amerikas.

In Baton Rouge, Chicago, New York, Washington und vielen anderen Städten der USA erlebt „Black Lives Matter“ ei-

nen großen Zustrom, die Aktivistenbewegung, die sich gegen Polizeigewalt einsetzt, die sich vor allem gegen Schwarze richtet. Es ist zwei Jahre her, dass sie erstmals national wahrgenommen wurde – nach der Tötung des 18-jährigen Michael Brown in Ferguson im Bundesstaat Missouri. Es war der Erste in einer Reihe prominenter Fälle, die offenlegten, wie tief der Alltagsrassismus sitzt. Wochenlang lieferten sich Polizisten und Demonstranten damals Scharmützel, es folgten Rufe nach einer Reform des Polizeikorps. Was ist daraus geworden?

Einiges hat sich in Ferguson seither verändert. Der Stadtverwalter, eine Art Bürgermeister, ist neu, der Stadtrat ausgetauscht. Und an der Spitze der Polizei steht seit Mai dieses Jahres erstmals ein Afroamerikaner.

Delrish Moss ist ein drahtiger 52-jähriger Mann, der ein komfortables Leben im Dienst der Polizei von Miami aufgegeben hat, um an den Stadtrand von St. Louis zu ziehen. „Entlang des Mississippi soll man toll fotografieren können“, witzelt er. Als brauchte es eine Portion Ironie, um den neuen Job ertragen zu können.

Moss sitzt in einem Konferenzraum im Erdgeschoss der Polizeiwache von Ferguson, einem Rotklinkerbau, der die benachbarten Flachbauten in der Florissant Road überragt. Wenige Hundert Meter von hier entfernt stehen noch immer die verkohlten Grundmauern eines Restaurants, das während der Proteste 2014 niederbrannte.

Der neue Polizeichef gilt als radikaler Reformer. Als Teenager saß er eines Abends an einer Bushaltestelle in Miami, als ein vorbeikommender Polizist seine Taschen durchsuchte, ihn als „Nigger“ beschimpfte und ihm riet, abends besser nicht draußen herumzulungern. „Seit dieser Nacht wollte ich Polizist werden“, erinnert sich Moss, „ich wollte genau diese Leute entlassen.“

Nach dem Tod Michael Browns legte ein Untersuchungsbericht des US-Justizministeriums ein rassistisches Grundmuster in der Arbeit der Polizei in Ferguson offen. Der Bericht sprach von „ungleicher Behandlung“, die „zumindest in Teilen aufgrund von ungesetzlicher Voreingenommenheit und Stereotypen gegenüber Afroamerikanern erfolgte“. Zitiert wurde unter anderem die Mail eines Beamten, der schrieb, Abtreibungen afroamerikanischer Frauen seien ein Beitrag zur Verbrechensbekämpfung.

Schwarze machen zwei Drittel der Bevölkerung Fergusons aus, allerdings waren sie in 85 Prozent der Verkehrskontrollen verwickelt und in 93 Prozent aller Festnahmen. Demgegenüber steht die Polizei, in der 2014 kein einziger Schwarzer Dienst schob, aber 53 Weiße.

„Wir müssen das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen“, sagt Polizeichef Moss heute. „Die Leute sind nicht naiv.“ Seit einigen Wochen läuft er regelmäßig von Haus zu Haus und versucht, die Bewohner davon zu überzeugen, dass die Polizei nicht mehr Feind, sondern Partner sei. Um Beschwerden zu erleichtern, will er eine Außenstelle einrichten, bei der die Bürger ruppige Polizisten anzeigen können. „Ich erwarte hier ein sauberes Haus“, sagt er, „es gibt keinen Platz mehr für Leute, die das nicht respektieren.“ Mittlerweile arbeiten unter ihm immerhin vier schwarze Polizisten. Für mehr Veränderung fehlt das Geld.

Ferguson hat in den vergangenen Jahrzehnten einen wirtschaftlichen Niedergang erlebt. Der Vorort der einstigen Industriestadt St. Louis ist schwärzer und ärmer geworden. Noch 1970 war Ferguson zu 99 Prozent von Weißen bewohnt. 1990 waren es noch drei Viertel. Viele Menschen verloren durch die Deindustrialisierung ihren Job und zogen von St. Louis in die Vororte, viele von ihnen waren Schwarze.

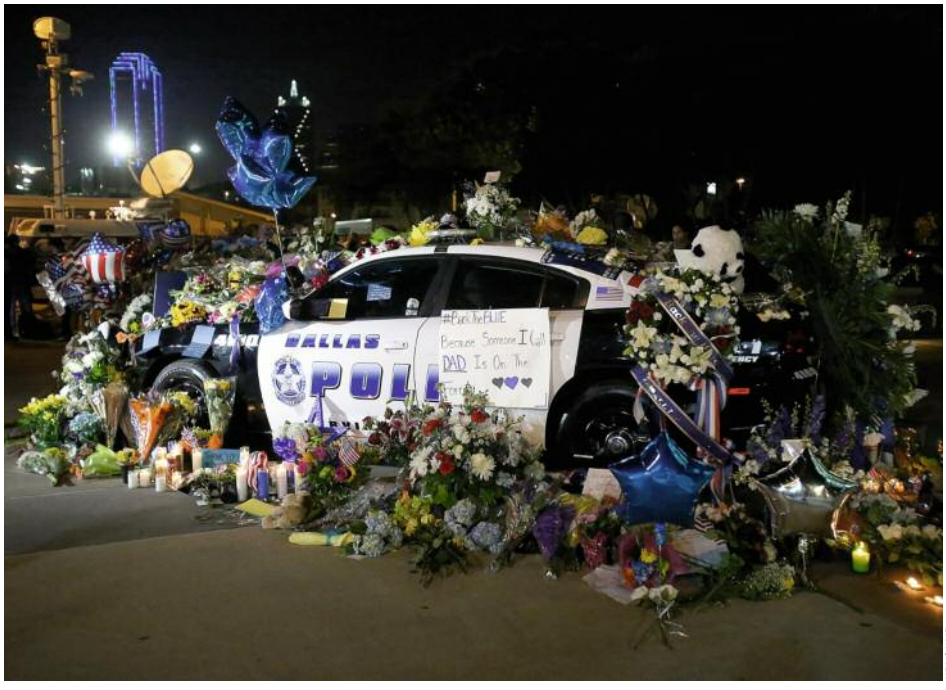
Die Arbeitslosigkeit unter Schwarzen liegt in Ferguson deutlich höher als im Durchschnitt der USA. Die Armut hat sich allein zwischen den Jahren 2000 und 2012 verdoppelt, jeder vierte Bewohner lebt mit weniger, als er für ein akzeptables Leben benötigt.

Über Jahrzehnte hat die Politik tatenlos zugesehen, wie Vorstädte zu Gettos verwahrlosten. Wie der Drogenhandel mit der Arbeitslosigkeit stieg. Wie Schulen zerfielen und weniger Jugendliche bis zum Abschluss blieben. Wie die Zahl der jugendlichen Mütter und inhaftierten Väter stieg.

Auch die Justiz benachteiligt Schwarze systematisch. Schwarze werden nicht nur deutlich häufiger kontrolliert und verdächtigt, sie werden auch öfter und härter verurteilt, und sie können sich aufgrund ihrer oft weit schlechteren finanziellen Lage nicht so leicht freikaufen wie Weiße. „Es ist unsere Generation, die all das geschehen ließ“, sagte Mike Rawlings, der Bürgermeister von Dallas, in einer ergreifenden Rede am Tag nach den Todesschüssen auf die Polizisten. „Es ist unsere Verantwortung, das zu ändern.“

Es wirkt wie eine absurde Wendung der Geschichte, dass Amerika die heftigsten Spannungen zwischen Weißen und Schwarzen seit Jahrzehnten ausgerechnet während der Präsidentschaft Barack Obamas erlebt. Aber auch unter dem ersten schwarzen Präsidenten der Vereinigten Staaten hat sich die wirtschaftliche Situation vieler Afroamerikaner nicht gebessert. Die Armut unter der schwarzen Bevölkerung ist angestiegen, das durchschnittliche Einkommen gesunken. Im Jahr 2015 nutzten mehr Schwarze staatlich subventionierte Essensmarken als 2008. Auch die Immobilien- und Wirtschaftskrise hat sie stark getroffen.

Hätte Obama trotzdem oder gerade deshalb mehr tun müssen? „Obama hat viel versucht“, sagt Peniel E. Joseph, Professor an der Universität von Texas in Austin, „er hat das Justizsystem reformiert und die Gesundheitsversorgung verbessert.“ Aber gegen einen unversöhnlichen, von den Republikanern geführten Kongress habe er schnell die Grenzen seiner Möglichkeiten erfahren. „Nachdem er gewählt worden war, entstand eine mächtige Bewegung gegen ihn“, sagt Joseph, „für manche schien



UPI / LAIF

Gedenken an die toten Polizisten in Dallas: Die Trauer hat keine Richtung mehr

der erste schwarze Präsident der schlimmste aller Albträume zu sein."

Lange hielt sich Obama vom Thema Rassismus fern. Im Wahlkampf, im März 2008, hielt er in Philadelphia eine große Rede zur Rassenfrage, auch weil er umstrittene Äußerungen seines damaligen Pastors Jeremiah Wright kommentieren wollte.

Doch in seiner ersten Amtszeit tat er sich schwer, einen Zugang zum Thema zu finden. 2009 kritisierte Obama weiße Polizisten, die einen schwarzen Harvard-Professor vor seinem Haus festgenommen hatten – plötzlich stand der Präsident selbst in der Kritik und musste alle Beteiligten zu einem „Bier-Gipfel" ins Weiße Haus einladen. Als 2012 der 17-jährige Schüler Trayvon Martin in Florida von einem Weißen erschossen wurde, sagte Obama, dies hätte auch sein Sohn sein können. Es war das erste Mal, dass er sich öffentlich so deutlich äußerte.

Erst 2014, nach Ferguson, trat er öffentlich dem Rassismus und der daraus folgenden Gewalt entgegen. Diese Bemühungen seien nicht ohne Erfolg gewesen, sagt Danyelle Solomon vom Center for American Progress: „Obama hat geholfen, dass in den USA überhaupt offen über Rassismus gesprochen werden kann."

Doch dadurch sind die Gräben auch tiefer geworden. Denn seit über die Ungerechtigkeit gesprochen wird, die Schwarzen widerfährt, steigt gerade in der weißen Unterschicht das Ressentiment gegen Minderheiten. Der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump heizt genau diesen Hass an. Für viele seiner weißen Anhänger ist der erste schwarze Präsident ein Beleg dafür, dass sie nicht mehr im Mittelpunkt stehen. Sie sehen sich als die eigentlichen Opfer, und Trump bestärkt sie darin. Eine Verständigung zwischen diesen Polen der amerikanischen Gesellschaft ist wenig wahrscheinlich. Das scheint auch Barack Obama zu ahnen.

„Ich habe auf zu vielen Trauerveranstaltungen geredet, ich habe zu viele Familien umarmt", sagt er am Ende seiner Rede vor den trauernden Gästen im Morton H. Meyerson Symphony Center in Dallas. Seine Worte sind nicht wütend wie in Newtown, nicht traurig wie in Charleston. Obama wirkt in diesem Moment hilflos und resigniert, wie der machtloseste mächtigste Mann der Welt.

„Ich habe gesehen, wie wenig hilfreich Worte sein können, um wirklich Wandel zu bringen", sagt Obama. „Ich habe gemerkt, wie wenig hilfreich meine eigenen Worte sind."

Gordon Repinski
Mail: gordon.repinski@spiegel.de
Twitter: @GordonRepinski

Video:
Chronik der Polizeigewalt

spiegel.de/sp292016usa
oder in der App DER SPIEGEL